

Partei	These	Position	Begründung
AfD	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme nicht zu	Nein, nicht „alle“. Größte Bedeutung hat die Förderung des Spracherwerbs für qualifizierte Zuwanderer und deren Familien, da
CDU	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Nordrhein-Westfalen ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Die deutsche Sprache ist und bleibt der Schlüssel für gelingende Integration und gutes gesellschaftliches Zusammenleben. Alle, die Hilfe brauchen beim Spracherwerb, sollen diese Hilfe auch
DIE LINKE	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Der freie Zugang zu Bildung, Gesundheit und Erwerbsarbeit sind elementare Voraussetzung für die Integration und das Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft. Hier gibt es noch viel zu tun. Besonders das vernachlässigte Bildungswesen in NRW braucht dringend mehr und bessere Gebäude und mehr Personal. DIE LINKE will massiv in die Bildung investieren.
Die PARTEI	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	So schön ist Deutsch nun wirklich nicht, dass die dafür auch noch zahlen müssten.
FDP	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Für eine möglichst rasche Integration wollen wir für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, Integrationskurse anbieten. Damit schaffen wir Wertevermittlung und Sprachförderung von Anfang an. Kinder und Jugendliche sollen kurz nach ihrer Ankunft Zugang zu Bildung bekommen. Deswegen richten wir schulnahe Angebote in den Landeseinrichtungen ein.
GRÜNE	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe für Alle von Anfang an. Sprache ist der Schlüssel zur Integration, die wir von Beginn an fördern müssen. Deshalb setzen wir uns für Deutschkurse für alle Zugewanderten ein, damit alle dieselben Chancen auf Teilhabe bekommen.
ÖDP	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Es darf keine Unterscheidung zwischen den Aufenthaltstitel geben. Der Erwerb der deutschen Sprache ist ein wichtiger Aspekt der Integration.
SPD	Alle Zugewanderten sollen Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben.	stimme zu	Sprach-, Integrations- und Orientierungskurse müssen allen Zugewanderten zur Verfügung stehen. Wir werden ein Landesprogramm aufstellen, um Sprachkurse für alle zu ermöglichen. Die Kurse sollen für alle Zugewanderten geöffnet und erweitert werden.
AfD	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme zu	Die Freiheit der Universitäten und Hochschulen ist auch in dieser Sache nicht verhandelbar. Alle haben sich bestimmten ethischen Grundsätzen verpflichtet, die in den Universitäts- und Hochschulverfassungen niedergelegt sind. Einschränkungen in diesem Bereich durch strikte Verbote würden unter Umständen auch
CDU	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme zu	Wir haben das Hochschulgesetz evaluiert und den Hochschulen wieder mehr Freiheiten gegeben. Sie können selbst entscheiden, ob sie die sog. „Zivilklausel“ beibehalten. Wir stärken die Friedens- und
DIE LINKE	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme nicht zu	Wir wollen Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung von belastbaren Zivilklauseln im Hochschulgesetz NRW, an allen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Friedensforschung soll besonders gefördert werden.
Die PARTEI	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme nicht zu	Aus Erfahrung wissen wir, die Bundeswehr kriegt sowieso alles kaputt.

FDP	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme zu	Wir setzen auf Hochschulautonomie und Eigenverantwortung der Lehrenden und Lernenden. Für uns sind Hochschulautonomie und vorgeschriebene Kooperationsverbote unvereinbar - zumal wenn Forschungsergebnisse sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken genutzt werden (Dual-Use). Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass wir in Regierungsverantwortung das zuvor für die Hochschulen bestehende Verbot zu militärischer Forschung abgeschafft haben.
GRÜNE	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme nicht zu	Wir wollen, dass öffentlich geförderte Forschung an den Hochschulen in NRW transparent ist und dem Frieden dient. Daher wollen wir die sogenannte „Zivilklausel“ im Hochschulgesetz wieder einführen.
ÖDP	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	stimme zu	Der Ukrainekrieg zeigt, dass wir auf das Militär nicht verzichten können.
SPD	An den Hochschulen des Landes soll weiterhin für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.	neutral	Wir stehen zu der gesellschaftlichen Verantwortung unserer staatlichen Hochschulen für die Entwicklung einer friedfertigen, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft - dies ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit, welche die Hochschulen in ihren Forschungsaktivitäten nicht einschränkt. An allen Hochschulen sind in den Grundordnungen sog. Zivilklauseln verabschiedet worden. Das zeigt, dass eine verpflichtende Zivilklausel auf breite Akzeptanz stößt
AfD	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei	stimme zu	Artikel 3 unseres Grundgesetzes fordert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Außerdem darf niemand wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden.
CDU	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie groß der Frauenanteil auf ihren Listen ist.	stimme zu	Jede Partei soll für sich selbst freiwillig eine Quote festlegen dürfen, wenn sie das möchte. Die CDU hat auf den aussichtsreichen Listenplätzen zur Landtagswahl eine paritätische Besetzung umgesetzt. Bei der CDU entscheiden die Mitglieder vor Ort in einem demokratischen und transparenten Verfahren, welche Person für sie im Wahlkreis antritt. Seit Jahren fördern wir gezielt den weiblichen Nachwuchs in verschiedenen Programmen und wünschen uns mehr Frauen im Landtag NRW insgesamt.
DIE LINKE	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie groß der Frauenanteil auf ihren Listen ist.	stimme nicht zu	Paritätsgesetze sind ein wirksames Instrument, um den Frauenanteil in Parlamenten zu erhöhen und damit die Strukturen aufzubrechen, die Frauen von der Macht fernhalten. Quotierte Listenaufstellungen sind bei der Partei DIE LINKE NRW bereits lange gelebte Praxis. Aus Erfahrung können wir sagen: es gibt wirklich keinen Grund, die Parlamentsarbeit überwiegend den Männern zu überlassen.
Die PARTEI	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie groß der Frauenanteil auf ihren Listen ist.	neutral	Es wäre undemokratisch, die FDP von der Wahl auszuschließen.
FDP	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie	stimme zu	Wir wollen mehr Frauen in Parlamenten und setzen uns für mehr Diversität ein - ohne gesetzlichen Zwang. Die angemessene Berücksichtigung von Frauen bei der Kandidatenaufstellung liegt in Verantwortung der Parteien und darf nicht vom Gesetzgeber
GRÜNE	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie groß der Frauenanteil auf ihren Listen ist.	stimme nicht zu	Frauen sind in der Landespolitik weiter massiv unterrepräsentiert. Wir wollen dafür sorgen, dass Frauen die Hälfte der Macht haben. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir deshalb dafür, dass zur Wahl des Landtags 2027 deutlich mehr Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.
ÖDP	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie groß der Frauenanteil auf ihren Listen ist.	stimme zu	Wenn alle Personen, die gleiche Chancen haben sollen, so kann eine Quote nicht eingeführt werden. Hierzu Artikel 3 GG.

SPD	Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sollen die Parteien weiterhin frei entscheiden können, wie	stimme nicht zu	In Parlamenten sollen künftig gleich viele Frauen wie Männer sitzen. Deshalb setzen wir uns für ein verfassungskonformes Paritätsgesetz ein. Parteien müssten dann ihre Listen quotieren, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen.
AfD	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von	stimme nicht zu	Der Föderalismus als staatliches Organisationsprinzip sollte auch im Zuge der Infektionsbekämpfung erhalten bleiben. Die Corona-Pandemie hat zutage gebracht, dass der Bund über ausreichend Entscheidungsbefugnisse verfügt und diese auch anwenden kann.
CDU	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	stimme nicht zu	Die Corona-Pandemie wirkt sich in den Bundesländern unterschiedlich aus. Um in der jeweiligen Lage zielgerichtet handeln zu können, halten wir es für sinnvoll, die Bundesländer mit den entsprechenden Kompetenzen auszustatten.
DIE LINKE	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	neutral	Entscheidend bei der Infektionsbekämpfung ist eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen und eine gute Kommunikation mit den Bürger:innen.
Die PARTEI	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	stimme zu	Welche Infektionsbekämpfung?
FDP	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	stimme nicht zu	Die bestehenden Befugnisse des Bundes sind ausreichend. Die Umsetzung der Maßnahmen muss in der Kompetenz der Bundesländer bleiben, die abgestuft und nach regionalen Anforderungen reagieren können. Mit dem Instrument der Pandemischen Leitlinien gibt das Parlament in NRW der Landesregierung einen verbindlichen Handlungsrahmen und stellt
GRÜNE	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	stimme nicht zu	Der Bund soll im Infektionsschutz einheitliche Rechtsgrundlagen schaffen und koordinieren. Die Bundesländer brauchen ausreichend Flexibilität, um schnell auf regionale und lokale Situationen reagieren zu können. Das gilt in dieser wie in zukünftigen Pandemien ebenso wie in Situationen, in denen es um die Bekämpfung lokal auftretender
ÖDP	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	stimme zu	Bei den chaotischen Coronamaßnahmen wäre es besser gewesen, der Bund hätte mehr Kompetenz gehabt. Da jedes Land und jede Kommune verschiedene Auslegungen hatte, war es für die Bürger*innen oft nicht mehr durchschaubar, was nun galt und was nicht.
SPD	Bei der Infektionsbekämpfung soll der Bund mehr Entscheidungsbefugnisse von den Bundesländern erhalten.	neutral	Um die Corona-Pandemie zu bewältigen ist eine nationale Kraftanstrengung notwendig. Hierbei ist ein gemeinsamer Prozess zwischen dem Bund und den Ländern erforderlich, um die geeignetsten Maßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens zu treffen. Dies gilt ebenso für die aktuellen Fallzahlen als auch für mögliche zukünftige Infektionsgeschehen und für die Frage über die
AfD	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme zu	Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres erlangt man in Deutschland alle Rechte und Pflichten. Auch das Wahlrecht ist an die Volljährigkeit des Wählers gekoppelt. Zieht man die Herabsenkung des Wahlalters in Betracht, muss auch über die Absenkung der Volljährigkeit diskutiert werden. Hierbei müssten dann in folgedessen auch die Geschäftsfähigkeit und die Strafmündigkeit angepasst werden.
CDU	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme zu	Das bisherige Wahlrecht hat sich bewährt. Mit 18 Jahren ist man für sein Handeln selbst verantwortlich und vor dem Gesetz auch voll strafmündig. Daher sollte Volljährigkeit auch Voraussetzung für die Teilnahme bei Landtagswahlen bleiben.
DIE LINKE	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf 14 Jahre herabsetzen. Eine sachliche Begründung, warum man mit 18 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Sie wollen und sollen mitreden dürfen, wenn es darum geht, ob wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der es noch Energie, Wälder oder sauberes Wasser gibt.

Die PARTEI	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Wahlrecht ab 12 bis 60. Wenn die Kackbratzen dann aber FDP wählen, nehmen wir das wieder zurück.
FDP	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Junge Menschen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen, können ihre Religion frei wählen, arbeiten, zahlen Steuern und sind Teil des Wirtschaftslebens. Viele junge Menschen unter 18 engagieren sich politisch und sind kommunalpolitisch aktiv. Aus diesem Grund wollen wir das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen.
GRÜNE	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben, und über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen deshalb auf 16 Jahre senken, so wie es in
ÖDP	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Rhetorisch geantwortet: Warum darf ein 100-jähriger Mensch wählen, aber ein 16-Jähriger nicht.
SPD	Bei Landtagswahlen sollen weiterhin nur Personen ab 18 Jahren wählen dürfen.	stimme nicht zu	Der Schlüssel zur politischen Teilhabe ist das Wahlrecht. Wir wollen das aktive Wahlrecht für Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsenken. Gerade die Jungen haben große politische Herausforderungen in Zukunft vor sich. Sie müssen schon heute stärker mitentscheiden können.
AfD	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Wir lehnen einen staatlichen Zwang zur Anbringung von Photovoltaik-Anlagen auf neuen Wohngebäuden ab. Dies stellt einen unangemessenen Eingriff in die Eigentumsrechte dar und sollte ausschließlich auf freiwilliger Basis erfolgen.
CDU	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	neutral	Wir unterstützen den massiven Zubau der Photovoltaik. Deshalb haben wir uns ambitionierte Ausbauziele bis 2030 gesetzt: Eine Verdreifachung bis Vervielfachung im Vergleich zu 2020 ist unser Ziel. Dies soll über Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente erfolgen.
DIE LINKE	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme zu	Wir wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer:innen, Mieter:innenvereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten sowie für Bestandsbauten nach einer umfassenden Dachsanierung und wenn eine technische Eignung besteht.
Die PARTEI	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme zu	Wer sich ein Haus leisten kann, kann sich auch eine Photovoltaik-Anlage leisten!
FDP	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Wir wollen die Erneuerbare Energien massiv ausbauen. Schon jetzt belegt NRW beim Ausbau der Erneuerbaren Energien Spitzenplätze. Wir halten beim Neubau jedoch beides im Blick: Die Notwendigkeit der Energiewende und die Baukosten. Wir wollen Photovoltaik-Anlagen nicht nur auf, sondern auch an Gebäuden als Bestandteil der Fassaden ermöglichen. Und wir wollen mehr Tempo beim Mieterstrom.
GRÜNE	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme zu	In Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Gebäuden werden - zunächst bei öffentlichen Gebäuden und im Neubau, perspektivisch auch im Bestand.
ÖDP	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme zu	Momentan sehen wir die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in besonderen Maße. Photovoltaik-Anlagen können die Abhängigkeit verringern.

SPD	Beim Bau neuer Wohngebäude soll die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Wir fordern eine Photovoltaikpflicht auf gewerblichen Gebäuden bei Neubau und Sanierung. Für Wohngebäude soll es eine umfassende Förderung geben, aber keine Pflicht. Ziel ist dennoch, auf alle Dächer Solarzellen zu bringen, auf denen das möglich ist.
AfD	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme zu	Die unterlassene Aufenthaltsbeendigung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber ist das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit. Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer ist in NRW auf einem Rekordstand. Die Abschiebungen sind daher dringend zu vollziehen. Hierfür ist u.a. die Liste der sicheren Herkunftsstaaten auszudehnen. Bei schweren Straftaten und antisemitischen Straftaten ist der Ausweisungsschutz für Straftäter auf das absolute europa- und
CDU	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme zu	Wir werden weiterhin alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, um Gefährder und Straftäter, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben, schnellstmöglich abzuschicken. Asylberechtigt ist, wer die gesetzlichen Voraussetzungen des Asylrechts erfüllt. Menschen, die schutzberechtigt sind, sollen weiterhin Zuflucht in unserem Land erhalten. Alle, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, müssen unser Land verlassen. So bleibt die gesellschaftliche Akzeptanz für unser
DIE LINKE	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent	stimme nicht zu	Als LINKE sind wir dagegen, dass jedes Jahr Tausende Menschen in angeblich sichere Herkunftsstaaten abgeschoben werden. Die Sonderlager für Geflüchtete aus Balkanstaaten und die unmenschlichen Abschiebegefängnisse wollen wir auflösen. Wir wollen
Die PARTEI	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme nicht zu	Abgelehnte Asylbewerber:innen schicken wir nach Ostdeutschland. So kommen da mal Menschen hin, die wirklich gelitten haben und Menschlichkeit kennen.
FDP	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme zu	Wir haben einen klaren Kurs: Kein anderes Bundesland schiebt so konsequent insbesondere Straftäter und Gefährder ab wie Nordrhein-Westfalen. Wer keinen Schutzgrund hat und unsere Gesellschaft bedroht, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden. Gleichzeitig haben wir das deutschlandweit liberalste Bleiberecht für gut integrierte Geduldete geschaffen. Wer sich integriert hat, straffrei lebt, arbeitet und die Werte unserer Gesellschaft akzeptiert, soll dauerhaft
GRÜNE	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme nicht zu	Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft wie die freiwillige Rückkehr als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der Betroffenen geachtet werden. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer lehnen wir grundsätzlich ab.
ÖDP	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme nicht zu	Die Abschiebung von Menschen ist aus unterschiedlichen Gründen nicht immer durchführbar und wird oft nach nicht nachvollziehbaren, willkürlichen Aspekten durchgeführt.
SPD	Das Land Nordrhein-Westfalen soll abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent abschieben.	stimme nicht zu	Betroffenen stehen in jedem Fall Rechtsmittel zur Verfügung. Sie können gegen die Entscheidung des Bundesamtes klagen. Die Hinzuziehung einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts hilfreich. Auf Rechtsmittel und Fristen muss hingewiesen werden. Auch bei einem positiven Bescheid - es sei denn es wurde der Flüchtlingsschutz gewährt -, besteht die Klagemöglichkeit. In Einzelfällen kann es auch humanitäre Gründe, z.B. Krankheit, geben, die gegen eine Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sprechen.
AfD	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme nicht zu	Das Land bietet BAföG-Zahlungen für Schülerinnen und Schüler an. Darauf können alle zurückgreifen, die eine Berechtigung vorweisen können. Im Rahmen der dualen Berufsausbildung erhalten Auszubildende Vergütungen von den ausbildenden Betrieben oder Behörden. Sie arbeiten bereits mit und leisten etwas für ihren Arbeitgeber. Dies ist bei der vollzeitschulischen Ausbildung nicht der
CDU	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme nicht zu	Vergütungen erfordern eine Gegenleistung. In schulischen Ausbildungsgängen mit hohen Anteilen praktischer Arbeit muss es entsprechende Vergütungen geben, die grundsätzlich durch die Arbeitgeber zu tragen sind. Dementsprechend wird der Besuch allgemeinbildender Schulen oder das Studieren an Hochschulen genauso wie rein schulische Berufsausbildungen nicht vergütet. Bei

DIE LINKE	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme zu	Alle Menschen, die sich in einer Ausbildung befinden, benötigen eine Finanzierung für ihren Lebensunterhalt. Bei den Auszubildenden im dualen System ist es die Ausbildungsvergütung, bei den Studierenden fordern wir ein rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG. Entsprechend benötigen auch die Azubis in den rein schulischen Berufsausbildungen (z.B. Erzieherin) eine Finanzierung.
Die PARTEI	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme zu	Wie sollen die sonst ihre Durst-Löscher bezahlen?
FDP	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme nicht zu	Eine besondere Hürde für den Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung gerade in Berufen mit Fachkräftemangel stellt aber die Erhebung von Schulgeld dar. Wir haben die Schulgeldfreiheit für eine Ausbildung in den Gesundheitsberufen (Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Podologie, PTA) eingeführt. Als nächstes wollen wir auch für alle
GRÜNE	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme nicht zu	Wir setzen auf ein Schüler-BAföG, dass für alle Schüler*innen in Ausbildung offensteht und ausreichende Unterstützung gewährt.
ÖDP	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme zu	Es sollte keine Unterscheidung zwischen den Berufsausbildungen geben.
PIRATEN	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme zu	Bildung muss auf allen Ebenen gefördert werden um soziale Ungleichheit über mehrere Generationen zu verhindern.
SPD	Das Land soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.	stimme zu	Gerade in den Gesundheits- und Sozialberufen herrscht große Personalknappheit. Es ist wichtig, diese Berufe schon ab dem ersten Ausbildungstag für junge Menschen attraktiver zu machen. Eine Ausbildungsvergütung kann hierbei eine wichtige Rolle spielen. Wir
AfD	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme zu	Die wachsende Nachfrage nach Mobilität durch Luftverkehr wird auch nach Corona weiterwachsen, sodass unser dezentrales Flughafensystem mit unseren Regionalflughäfen eine unverzichtbare Existenz darstellen. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Luftverkehrs in NRW ist es entscheidend, die dezentralen
CDU	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme zu	Am Konzept der dezentralen Flughafeninfrastruktur wollen wir festhalten. In die Nutzungskonzepte werden wir die neuen Entwicklungen wie Flugtaxen und Elektroflugzeuge einbeziehen.
DIE LINKE	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	neutral	Der Flugverkehr belastet das Klima und die anwohnenden Menschen in besonders hohem Maße. Er muss deutlich reduziert werden. Hier ist vor allem bei den Kurzstreckenflügen anzusetzen. NRW muss sich dafür einsetzen, diese bundesweit abzuschaffen. Subventionen für Regionalflughäfen sollen beendet werden und stattdessen in den öffentlichen Personennahverkehr (Bus und Bahn) fließen. Den Mitarbeitenden der Regionalflughäfen wollen wir Ersatzarbeitsplätze im ÖPNV anbieten.
Die PARTEI	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme nicht zu	Obwohl kurze Anfahrtswege zum Flughafen die Umwelt schonen!
FDP	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme zu	Die dezentrale Luftverkehrsstruktur des Landes wollen wir durch Rahmenbedingungen, die einen wirtschaftlichen Betrieb der Regionalflughäfen ermöglichen, erhalten. Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil einiger Regionalflughäfen wie bei der Berechnung der Luftsicherungskosten müssen dauerhaft beendet werden. Wir wollen, dass künftig Entlastungen durch Bund und Land gleichermaßen und
GRÜNE	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme nicht zu	An keinem Regionalflughafen in NRW ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Weder von Seiten des Landes noch der Kommunen soll es zukünftig öffentliche Zuschüsse dafür geben. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich
ÖDP	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen einsetzen.	stimme nicht zu	Alle Regionalflughäfen sind zu schließen. Inlandsflugverkehr ist zu verhindern.

SPD	Das Land soll sich für den weiteren Betrieb von Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen	stimme nicht zu	Das dezentrale System von Flughäfen in NRW hat sich bewährt. Allerdings sind Flughäfen wirtschaftlich selbständige Unternehmen. Sie werden vom Land nicht subventioniert. Eine Quersubventionierung, etwa über Kommunen, ist nach EU-Recht ab
AfD	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	Grundsätzlich liegt es in der Logik der Gebührenordnung für behördliche Leistungen, somit auch für die amtliche Feststellung eines Kirchenaustritts, Gebühren zu erheben. In Folge der konkreten kirchlichen Skandale wird die Zahl der Kirchenaustritte über den augenblicklich sprunghaften Anstieg hinaus weiterhin zunehmen. Wegen der völligen Arbeitsüberlastung der Amtsgerichte ist deshalb das Kirchenaustrittsverfahren zu ändern und damit einhergehend die
CDU	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme zu	Der Kirchenaustritt ist eine Dienstleistung, für die - wie für andere auch - Gebühren fällig sind.
DIE LINKE	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	Jeder Mensch sollte das Recht haben, aus der Kirche auszutreten, ohne dafür Gebühren bezahlen zu müssen.
Die PARTEI	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	Lieber beim Kircheneintritt. Andere Sekten nehmen doch auch Geld oder nicht? Bei jedem 100sten Austritt gibt es 30 Silberlinge.
FDP	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	Im deutschsprachigen Raum übernimmt die Verwaltung neben ihren staatlichen Aufgaben auch die Bearbeitung der Kirchenein- und -austritte. Die zunehmende Zahl an Kirchenaustritten stellt eine Belastung für die Verwaltung dar und führt zu langen Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen deshalb diesen Bereich
GRÜNE	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr und mit dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass im öffentlichen Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes und der Landesverfassung endlich nachgekommen wird und somit sämtliche
ÖDP	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	stimme nicht zu	In der Regel werde ich über die Familie einer Glaubensgemeinschaft zugeordnet, ob ich will oder nicht. Also muss es auch die Möglichkeit geben, aus der auszutreten.
SPD	Das Land soll weiterhin Gebühren bei einem Kirchenaustritt erheben.	neutral	Die SPD ist im intensiven Austausch mit den Kirchen in NRW. Sie berichten uns mit Sorge, dass immer mehr Menschen die Kirchen verlassen. Dabei sollten wir als Staat für die Kirchenaustritte keine Hürden aufbauen, aber ein geordnetes Verfahren sicherstellen. Ob dies besser über die Kommunen anstelle der Amtsgerichte, online und persönlich erfolgt oder wie die Kosten aufgeteilt werden, das wollen wir mit den Beteiligten besprechen.
AfD	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme nicht zu	Die Museen des Landes werden mit erheblichen Steuermitteln und damit von der Gesamtheit der steuerzahlenden Bevölkerung finanziert und erhalten. Die Besucher als Nutznießer dieses Aufwands sollten deshalb ihren besonderen Beitrag durch ein Eintrittsgeld leisten. Ermäßigungen bei den Eintrittsgebühren müssen soziale Härten ausgleichen.
CDU	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	neutral	Zahlreiche Ausstellungen in NRW und seinen Städten und Kommunen sind bereits kostenfrei zugänglich. Vor allem, damit auch sozial benachteiligte Menschen diese kulturellen Angebote in Anspruch nehmen können. Die Landesmuseen haben die Aufgabe, Kunst- und Kulturgut zu sammeln, zu bewahren, zu erforschen, auszustellen und zu vermitteln. Sammlungen und Wissen in Form von Ausstellungen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen sollen möglichst vielen barrierearm zugänglich gemacht werden, soweit möglich
DIE LINKE	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme zu	Alle Menschen sollen das Recht auf gebührenfreie Bildung haben. Entsprechend sollte es auch keine Eintrittspreise für die Landesmuseen geben.

Die PARTEI	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme zu	Aber nur mit Pommes-Flatrate!
FDP	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme nicht zu	Im Rahmen unseres Vorhabens, die kulturelle Bildung systematisch auszubauen, befürworten wir den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre in den institutionell geförderten Landesmuseen. Museen haben in ihren Beständen einen immensen Schatz kultureller Darbietungen, dessen Sammeln, Betreiben und Ausstellen insgesamt auch finanziert werden muss. Wegfallende Eintrittsgelder müssten kompensiert werden, um Sammlungen zu erhalten, pflegen und auszubauen.
GRÜNE	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme zu	Eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst soll in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Wir werden Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und barriereärmer gestalten. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie ein „Kultur Ticket NRW“ oder vor Ort der freie Eintritt für Schulklassen gefördert werden, denn Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung.
ÖDP	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme zu	Museen sind Teil der Bildungslandschaft.
SPD	Der Eintritt in nordrhein-westfälische Landesmuseen soll für alle immer kostenfrei sein.	stimme zu	Wir wollen freien Eintritt für alle in den Dauerausstellungen und Präsentationen der Sammlungen in den NRW-Museen, die sich mehrheitlich oder ganz in der Trägerschaft des Landes befinden. Außerdem wollen wir freien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre in allen Ausstellungen der NRW-Museen, die sich mehrheitlich oder ganz in der Trägerschaft des Landes befinden, ermöglichen.
AfD	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme zu	In seiner jetzigen Form ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr zeitgemäß. Er muss grundlegend reformiert, verschlankt und entideologisiert werden. Der NRW-Landessender WDR ist die zweitgrößte Sendeanstalt Europas. Wir setzen uns vehement für eine nachhaltige Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein, dessen Aufgabe allein eine gebührenfreie Grundversorgung mit Informations-, Kultur- und Regionalprogrammen sein soll. Dieser „Grundfunk“ soll gebührenfrei sein.
CDU	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	neutral	Der öffentlich-rechtliche Rundfunk nimmt bei der vielfältigen, umfassenden und objektiven Informationsvermittlung an die Zuhörerinnen und Zuhörer eine wichtige Rolle ein. Gerade in dieser schnelllebigen Zeit, in der Informationen auf den unterschiedlichsten Kanälen verbreitet werden, bedarf es einer politisch und wirtschaftlich unabhängigen Grundversorgung. Diese muss den aktuellen Gegebenheiten entsprechen.
DIE LINKE	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme nicht zu	Als LINKE befürworten wir eine Vielfalt der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Die PARTEI	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme nicht zu	Ist das sowas wie Spotify? (Sorry, 1Live... Ihr wart echt mal gut.)

FDP	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme zu	Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des ÖRR und für ein schlankes, modernes und informatives Rundfunkangebot ein. Ziel ist ein Rundfunk, der Mittel effizient einsetzt, um dem Informationsauftrag nachzukommen. Dafür müssen Strukturen erheblich entschlackt und Doppelstrukturen vermieden werden. Die Zahl der Fernseh- und Hörfunkkanäle wollen wir auf wenige Sender mit klarem Profil beschränken. Die Überprüfung der Strukturen des ÖRR wird sich dämpfend auf die Beitragshöhe auswirken.
GRÜNE	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme nicht zu	Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch um den besten Weg streiten können. Der WDR unterstützt dies mit seinen unterschiedlichen Programmen. Wir unterstützen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk dabei, jene Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa Jugendliche oder Menschen mit Migrationsgeschichte.
ÖDP	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme nicht zu	Da die Hörfunkprogramme für bestimmte Personengruppen gedacht sind, macht das keinen Sinn.
SPD	Der WDR soll die Anzahl seiner Hörfunk-Programme reduzieren.	stimme nicht zu	Wir stehen zu einem WDR mit Vollprogramm. Die verschiedenen Hörfunk-Programme erreichen unterschiedliche Zielgruppen in der Bevölkerung und sind wichtiger Bestandteil eines starken öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
AfD	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	neutral	Grundsätzlich sprechen wir uns für eine schnellere und unbürokratische Ausweisung von Bauland aus, um neuen Wohnraum zu schaffen. Jedoch muss den Naturschutz, die Landwirtschaft und auf lokale Begebenheiten in den Kommunen Rücksicht genommen werden. Bei der Entscheidungsfindung müssen die Belange der Kommunen respektive von Bürgerinitiativen berücksichtigt werden.
CDU	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	neutral	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete ist bereits begrenzt. Die große Herausforderung bei der Schaffung von neuem Wohnraum bleibt die Verfügbarkeit von bebaubaren Grundstücken. Baulandentwicklung gehört zu unseren dringlichsten Aufgaben. Wir wollen die Ausweisung von Bauland weiter vereinfachen, Planungsverfahren beschleunigen und die Kommunen umfassend unterstützen. Bei der Ausweisung von Bauland werden wir den Wachstumsbedarf der Kommunen ermitteln und dabei ihre Wünsche
DIE LINKE	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Ob Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung oder Straßenbau: Es dürfen nicht unbegrenzt natürliche Flächen bebaut und versiegelt werden, da dies dem Arten- und dem Klimaschutz schadet. Die hohe Versiegelung, insbesondere in urbanen Ballungsräumen muss rückgängig gemacht werden, damit Böden Regenwasser aufnehmen und speichern können. Maßnahmen zur Entsigelung und Regenwasserversickerung sollen aus einem Landesprogramm gefördert werden.
Die PARTEI	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Wir streben stattdessen eine Umwandlung von Bergbau- zu Baugebieten an. Die Juppies mit ihren Doppelhaushälften, können doch auch in Garzweiler ihre Schottergärten anlegen.
FDP	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme nicht zu	Die Fesseln im Landesentwicklungsplan, die neues Bauland verhindert haben, haben wir bereits in Regierungsverantwortung gelöst. Die Regionalpläne können jetzt mehr Flächen für den Wohnungsbau ausweisen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese neuen Freiheiten jetzt genutzt werden, um auch für junge und wachsende Familien angemessenen Wohnraum im Eigentum oder zu erschwinglichen Mieten anbieten zu können.

GRÜNE	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Freiflächen sind von besonderer Bedeutung für den Natur- und Artenschutz. Wir verankern gesetzlich die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von über acht Hektar pro Tag im ersten Schritt auf fünf Hektar zu begrenzen: Bis 2035 wollen wir diesen netto auf Null absenken, d.h. es sollen nicht mehr Flächen versiegelt als an anderer Stelle entsiegelt werden. Diese wollen wir effizienter nutzen, indem wir kleinere Wohneinheiten planen, stärker in die Höhe bauen und gemeinschaftliche Wohnformen fördern.
ÖDP	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Baugebiete verursachen Versiegelung der Landschaft.
PIRATEN	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Wo Boden zur Verfügungsmasse in Kapitalanlagen und Spekulationsobjekten wird, müssen strenge ordnungspolitische Rahmen die Motivation beschneiden.
SPD	Die Ausweisung von Flächen als Baugebiete soll in Nordrhein-Westfalen begrenzt werden.	stimme zu	Deutschland und NRW haben sich in ihren Nachhaltigkeitsstrategien dazu verpflichtet, weniger Fläche zu verbrauchen und Fläche zu sparen. Dies schließt die unbegrenzte Ausweisung von Baugebieten aus. Deshalb unterstützen wir beim Wohnungsbau die Innenentwicklung. Damit können wir die Ausweisung neuer Baugebiete vermeiden. Stattdessen schließen wir Baulücken und setzen auf innerörtliche, bereits erschlossene Flächen.
AfD	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme nicht zu	Die Anzahl der gehaltenen Nutztiere ist kein alleiniges Merkmal für die Haltungsqualität der Nutztiere. Auch kann eine pauschale Begrenzung der Bestände nicht mehr Tiergesundheit garantieren. Je mehr Nutztiere ein landwirtschaftlicher Betrieb hält, umso mehr wächst auch seine Verantwortung gegenüber den Tieren. Das muss sich auch in den Rechtsvorschriften widerspiegeln.
CDU	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme nicht zu	Für die CDU wichtig ist die Ernährungssicherheit der Menschen. Die Tierhaltung ist dabei ein wichtiger Baustein. Aus unserer Sicht geht eine Begrenzung von Tieren pro Kommune am Ziel vorbei. Wir setzen uns für den Umbau der Nutztierhaltung im Sinne des Tierwohls ein. Tierfreundliche Offenställe wollen wir mit einer 20-jährigen Bestandsgarantie ermöglichen.
DIE LINKE	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Wir wollen die Massentierhaltung abschaffen. Wir wollen eine Tierhaltung, die flächengebunden ist. Für Regionen und Standorte setzen wir uns für Bestandsobergrenzen ein. Nutztiere müssen artgerecht gehalten werden, mit genügend Auslauf. Wir wollen eine Reform der EU-Agrarpolitik erreichen. Zahlungen sollen konsequent an
Die PARTEI	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Wollen wir das Münsterland wirklich entvölkern? Auf jedes Nutztier muss auch ein Nutzlostier gehalten werden.
FDP	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme nicht zu	Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Gleichwohl sind weder Stallgröße noch das Etikett der Haltungsform allein ausreichende Maßstäbe dafür, sondern der Zustand des einzelnen Tieres. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte bei der Umsetzung von tierwohlfördernden Maßnahmen unterstützen, bspw. durch beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Pauschale Verbote verlagern die
GRÜNE	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Wir setzen uns für die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft ein, die Tiere entsprechend ihrer Bedürfnisse und in einem umweltverträglichen Maß hält. Dafür müssen Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche angepasst werden. Industrialisierte Intensivtierhaltung hat keinen Platz in der Zukunft der Landwirtschaft. Hierfür erstellen wir die „Landesstrategie Nutztierhaltung“ für tiergerechtere Haltungsbedingungen in Ställen.

ÖDP	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Wir brauchen eine ökologische Landwirtschaft!
PIRATEN	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Gute Haltungsformen für Nutztiere orientieren sich an den Bedürfnissen der Tiere. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Standards in der Tierhaltung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren Anwendung sind unser Ziel. Die jetzigen Standards sind in
SPD	Die Gesamtzahl der Nutztiere in den landwirtschaftlichen Betrieben einer Gemeinde soll begrenzt werden.	stimme zu	Die Nutztierdichte verschafft NRW eine Sonderstellung - und eine besondere Verantwortung für Klima-, Ressourcenschutz und das Tierwohl. Jedes vierte Schwein wächst hier auf. Wir wollen die Tiere auf 2 Großvieheinheiten pro ha regional begrenzen (mind. Kreisebene). Das bedeutet mehr Tierwohl durch mehr Platz, Offenställe im Einklang mit dem Immissionsschutz sowie reduzierte Güllebelastung und THG-
AfD	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme zu	Der dringend benötigte Neubau von Wohnraum muss durch gute „baufreundliche“ Rahmenbedingungen begleitet werden. Politisch verursachte Verteuerungen müssen gestoppt werden. Einkommensschwächere Mieter sind deshalb vermehrt durch Wohngeld zu unterstützen. Wir stehen für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnen staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie Mietpreisbremse oder Mietendeckel als nicht zielführend ab.
CDU	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Wir brauchen mehr Wohnraum, welcher der Mietpreisbindung unterliegt. Für Menschen, die knapp über der Einkommensschwelle zum Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum liegen, wollen wir mehr preisgedämmte Wohnungen schaffen.
DIE LINKE	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Neben deutlich mehr Wohnungsneubau in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Trägerschaft fordert DIE LINKE NRW Maßnahmen im Bestand, um die erbarmungslose Mietpreisspirale zu stoppen. Denn eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung. Eine Mietpreisbremse, besser noch ein Mietenstopp, ist zudem eine Frage der Gerechtigkeit, damit alle Menschen gut wohnen können.
Die PARTEI	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Ach, die gibt es?!
FDP	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme zu	Wir haben den Rahmen dafür geschaffen, dass sich die örtlichen Wohnungsmärkte zunehmend entspannen. Wir wollen Mieterschutz-Bestimmungen wie die Mietpreisbremse, die Kappungsgrenze und die Kündigungssperrfrist bedarfsgerecht weiterentwickeln, evaluieren und nicht notwendige Reglementierungen abbauen.
GRÜNE	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. Mieter*innenschutzbestimmungen wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze weiten wir aus, um Mieter*innen vor Luxussanierungen und starken Mietpreissteigerungen zu schützen. So
ÖDP	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	neutral	Die Mietpreisbremse erfüllt nicht die Versprechen, mit der sie eingeführt wurde.

PIRATEN	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Wir setzen uns für die verpflichtete Einführung eines qualifizierten Mietpiegels ein, um die Mietpreisbremse effektiv zu gestalten.
SPD	Die Mietpreisbremse in nordrhein-westfälischen Städten soll wieder abgeschafft werden.	stimme nicht zu	Die Mietpreisbremse ist Bundesrecht. Ihre Umsetzung in Nordrhein-Westfalen ist dringend erforderlich, um bezahlbaren Wohnraum für die Menschen zu erhalten. Dazu gehört die Begrenzung von Bestandsmieten, wie auch von Wiedervermietungsmieten bei Wohnungswechsel.
AfD	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme nicht zu	Ein entgeltfreier ÖPNV ist nicht kostenlos. Die Milliarden Euro Mindereinnahmen müssten durch die Bürger über ihre Steuern finanziert werden. Zudem sind schon heute in vielen Städten Busse und Bahnen in Stoßzeiten an ihrer Kapazitätsgrenze. Damit der ÖPNV attraktiver wird, sollte an den Aspekten Sauberkeit, Sicherheit, Pünktlichkeit und Taktfrequenz gearbeitet werden. Nutzergruppen wie Schüler oder Schwerbehinderte sollen hingegen weiterhin von einer Entgeltzahlung für den ÖPNV befreit bleiben.
CDU	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme nicht zu	Jeder sollte individuell entscheiden können, welches Verkehrsmittel er oder sie nutzen möchte. Aus klima- und umweltpolitischen Gründen ist der ÖPNV eine gute Wahl. Entscheidend für den Umstieg ist neben dem Preis ein leistungsfähiges und attraktives Angebot. Dazu gehören die Einführung eines 100-km-Seniorentickets für den ÖPNV für 30 Euro pro Monat und der Ausbau des ÖPNV mit einer Schienen- oder Schnellbusanbindung für jede Kommune ab 20.000 Einwohnern.
DIE LINKE	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme zu	Sozial gerecht ist eine klimaneutrale Verkehrswende nur, wenn sie für alle erschwinglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der ÖPNV für alle Nutzer:innen kostenfrei wird. Zur Finanzierung müssen erhebliche Landes- und Bundesmittel bereitgestellt werden. Erste Schritte auf Landesebene sind die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und der unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr.
Die PARTEI	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme zu	ÖPNV-Insassen sollten ein Schmerzensgeld bekommen.
FDP	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme nicht zu	Statt durch einen entgeltfreien ÖPNV die Kosten auf die Steuerzahler zu verlagern, sollte in den Ausbau des ÖPNV investiert werden. Wir wollen diesen neu aufstellen und Chancen eines vereinheitlichten Tarifsystems für Pendler und Gelegenheitsfahrer nutzen. Hürden für ÖPNV-Nutzung wollen wir durch einfachere, digitale Registrierungs- und Abrechnungssysteme reduzieren. Mit dem Sozial-Ticket sowie Tickets für Schüler, Studierende und Azubis werden bereits
GRÜNE	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme nicht zu	Wir wollen, dass der ÖPNV ausgebaut wird und mehr Menschen auch im ländlichen Raum ohne Auto mobil sein können. Dies geht aber nur, wenn dafür genug Geld zur Verfügung steht, deshalb können wir nicht auf die Ticketeinnahmen vollständig verzichten. Aber der ÖPNV soll für Menschen mit keinem oder nur geringem Einkommen bezahlbar sein und für Schüler*innen und junge Menschen bis 18
ÖDP	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme zu	Die Finanzierung ist zu regeln.

SPD	Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen soll entgeltfrei sein.	stimme nicht zu	Unser langfristiges Ziel ist ein durch eine Umlage solidarisch finanzierter, ticketloser ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das 365-Euro-Ticket. Für Schülerinnen und Schüler werden wir aber ein kostenfreies Ticket einführen. Wir werden die Zuschüsse des Landes zum Sozialticket erhöhen. Die Kosten für das Azubiticket werden wir reduzieren und dem Niveau von Studierendentickets angleichen.
AfD	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme nicht zu	Das deutsche Strafrecht kennt keine gesondert als Hassdelikte zu qualifizierenden Straftaten. Das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz lehnen wir als Eingriff in die Meinungsfreiheit grundlegend ab. Der Begriff „mehr Befugnisse“ schließt gegebenenfalls auch die Berechtigung zu Handlungen ein, die nicht im Einklang mit unserer verfassungsrechtlichen Ordnung
CDU	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme zu	Wer im Internet Hass, Rassismus und Antisemitismus schürt, zu Gewalt aufruft oder schwere Straftaten begeht, darf nicht auf digitale Anonymität hoffen. Wir setzen uns daher für eine Auskunftspflicht von sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten und dergleichen bei Hasskriminalität und anderen Delikten ein. Für die Verfolgung von
DIE LINKE	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme nicht zu	Die Polizei hat bereits hinreichende Instrumente, um gegen strafrechtlich relevantes Verhalten im Netz vorzugehen.
Die PARTEI	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	neutral	Nur, wenn sie es auch gegen sich selbst einsetzt.
FDP	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	neutral	Zahlreiche Straftaten und Hasskriminalität findet im Digitalen statt. Wir setzen uns daher entschieden für modernste Technik und zusätzliches Personal ein. Als zentralen Baustein für Effizienz und Kompetenz in der digitalen Strafverfolgung wollen wir das Cybercrimekompetenzzentrum NRW weiter stärken. Sicherheitsbehörden, polizeiliche Ermittlungsdienste und Justiz wollen wir im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung und Verfolgung von Hasskriminalität sensibilisieren.
GRÜNE	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme zu	Es braucht eine effektive Strafverfolgung von Hasskriminalität im Netz, eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen. Wir werden außerdem die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime in der Justiz sowie das Cybercrime-Kompetenzzentrum beim Landeskriminalamt NRW im Bereich „Hate Speech“ ausbauen und speziell geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei einsetzen.
ÖDP	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme zu	Hasskriminalität hat es immer schon gegeben, aber durch das Internet ist vielmehr verbreitet.
SPD	Die Polizei Nordrhein-Westfalen soll mehr Befugnisse zur Verfolgung von Hasskriminalität im Internet erhalten.	stimme zu	Aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Dies führte in letzter Konsequenz zu rechtsextremen Mordtaten. Die Polizei muss deshalb mit allen landesrechtlich möglichen Kompetenzen und insbesondere auch in personeller Hinsicht so ausgestattet werden, dass ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität möglich ist.
AfD	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme zu	In unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung sind politisch motivierte Gewaltstraftaten keine zulässigen Mittel der Auseinandersetzung. Wer politisch zweifelsfrei im Rahmen von Recht und Gesetz agiert, hat keinen Anlass, seine Identität zu verschleiern. Politisch motivierte Straftäter, die Demonstrationen für die Anwendung von Gewalt missbrauchen, müssen konsequent bestraft werden. Die Täter müssen für eine erfolgreiche Strafverfolgung identifizierbar sein.

CDU	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme zu	In Deutschland ist das Recht auf Versammlungsfreiheit im Grundgesetz verankert. Gleichwohl kann dieses Recht eingeschränkt werden: Vermummungen sind laut § 17a VersG bei Versammlungen unter freiem Himmel verboten, da sie verhindern, die Identität von Teilnehmern festzustellen. Dies kann dann erforderlich werden, wenn sich Personen nicht an Regeln halten, und bspw. Waffen mit sich führen oder auf eine andere Art die Friedlichkeit einer Demonstration gefährden.
DIE LINKE	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme nicht zu	Es ist nicht ganz klar, ab wann jemand als verumumt gilt, gegen den dann die Polizei einschreiten muss. Wir wollen unnötige Auseinandersetzungen vermeiden. Die Polizei braucht mehr Flexibilität, damit sie nicht jedes Mal einschreitet, wenn jemand Schal und Sonnenbrille trägt. Zudem gehören zu Demonstrationen häufig auch kreative Kleidung und Kostüme. Bei konsequentem "Vermummungsverbot" wäre auch das Tragen medizinischer Masken nicht erlaubt.
Die PARTEI	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme nicht zu	Nein, die Ästhetik muss gewahrt bleiben!
FDP	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme zu	Das neue Versammlungsgesetz hat auch das Vermummungsverbot mit den Anforderungen der Rechtsprechung in Einklang gebracht: Vermummungen sind verboten, wenn sie die eigene Identität ganz bewusst verschleiern sollen, um anonym Straftaten oder massive Störungen zu begehen.
GRÜNE	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme nicht zu	Der Schutz friedlicher Demonstrationen ist ein wichtiges Gut in unserem demokratischen Rechtsstaat. Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Gewalt müssen natürlich geahndet werden. Wir wollen im Gegensatz zu dem Gesetz von CDU und FDP ein modernes Gesetz, das je nach Schwere in Straftaten und Ordnungswidrigkeiten teilt. Verstöße gegen das Vermummungsverbot sollen eine Ordnungswidrigkeit werden. Schleswig-Holstein und Berlin
ÖDP	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	neutral	Momentan müssen wir Masken tragen bei Demonstrationen
SPD	Die Vermummung bei Demonstrationen soll weiterhin als Straftat gelten.	stimme nicht zu	Das Versammlungsgesetz der alten Landesregierung lehnen wir ab. Der Charakter des Versammlungsrechts als „Grundrechtsgewährleistungsrecht“ geht hier in großen Teilen verloren. Wir werden deshalb das bestehende Versammlungsgesetz
AfD	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme zu	Wir sprechen uns für eine Ausweitung der polizeilichen Videobeobachtung an kriminalitätsbelasteten öffentlichen Plätzen aus, da in der Vergangenheit ein statistischer Rückgang von Straftaten an videobeobachteten Orten festgestellt werden konnte. Eine polizeiliche Videobeobachtung in klaren gesetzlichen Grenzen ist eine sinnvolle Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum.
CDU	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme zu	Unter strikter Abwägung der per Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte und des Datenschutzes setzen wir uns für eine Rechtsgrundlage für Städte und Kommunen für eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum ein. Damit wollen wir das Sicherheitsgefühl erhöhen. Außerdem soll die Aufklärung von Verbrechen erleichtert werden.
DIE LINKE	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme nicht zu	Videoüberwachung wird von konservativen Ordnungspolitikern gern als Allheilmittel gepriesen. Wissenschaftliche Erkenntnisse deuten darauf hin, dass das nicht der Fall ist. Dennoch soll die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausgebaut und technisch aufgerüstet werden. Dadurch verstärkt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, ständig überwacht zu sein. Wer sich überwacht

Die PARTEI	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme nicht zu	Für Überwachung sind immer noch TikTok und Co zuständig.
FDP	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme nicht zu	Wir fordern ein Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir daher ab. Videoüberwachung ist weder Ersatz für Polizeibeamtinnen und -beamte noch ein Allheilmittel. Eine intelligente Videobeobachtung an Kriminalitätsschwerpunkten kann aber eine sinnvolle Ergänzung zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sein, wenn sie
GRÜNE	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme nicht zu	CDU und FDP haben die bisherigen Kriterien für die polizeiliche Videobeobachtung deutlich abgesenkt. Das lehnen wir ab, denn eine Verdrängung von Kriminalität an andere Orte sorgt nicht für mehr Sicherheit. Die bisherige Regelung für polizeiliche Videobeobachtung war vollkommen ausreichend und verhältnismäßig, weil die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein mussten: kein Verdrängungseffekt, Echtzeitbeobachtung, schnelles Eingreifen der Polizei und regelmäßige Evaluierung.
ÖDP	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	stimme nicht zu	Bisher hat die Erfahrung gezeigt, dass eine Videoüberwachung zu keiner Verringerung der Kriminalität geführt hat.
SPD	Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll ausgeweitet werden.	neutral	Die pauschale Ausweitung von Videobeobachtung auf öffentlichen Plätzen ist abzulehnen. Videobeobachtung ist aber an Brennpunkten sinnvoll, an denen in erhöhtem Maße Straftaten begangen werden bzw. an denen sich Straftäter aufhalten. Der Einsatz muss immer mit
AfD	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	stimme nicht zu	Grundsätzlich ist es uns wichtig, dass alle Verkehrsteilnehmer sicher am Straßenverkehr teilnehmen können. Dabei sollte beim Radverkehr darauf geachtet werden, dass er baulich getrennt neben bestehenden Bundes- und Landesstraßen verläuft (z.B. auf ehemaligen Bahntrassen). Doch die willkürliche Umwandlung von Straßenflächen in Fahrradwege verursacht vor allem in Innenstädten vermeidbare Staus und Lärm. Auch der Parkplatzsuchverkehr würde dadurch noch
CDU	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	neutral	Wir geben Rekordsummen für den Aus- und Neubau von Radwegen aus, seit 2017 haben wir die Mittel auf über 100 Millionen Euro fast verdreifacht. Wir haben rund 600 km neue Radwege gebaut. Wir werden den Ausbau der Radwege in Nordrhein-Westfalen in diesem Tempo weiter vorantreiben und erneut mindestens 600 km bauen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalen insgesamt zu stärken, werden wir weiterhin in Straßen, Brücken und Tunnels investieren.
DIE LINKE	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	stimme zu	Das Fahrrad ist ein Teil der Lösung für die Verkehrsprobleme in den Innenstädten. Über 90 Prozent der Wege sind kürzer als 10 Kilometer. Der Ausbau des inner- und überörtlichen Radwegenetzes kann nicht nur durch Neubau geschehen, sondern vorrangig durch Umverteilung von Verkehrsflächen - weg vom Auto, hin zum Fahrrad, auch damit nicht neue Flächen versiegelt werden. Dabei ist
Die PARTEI	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	stimme zu	Was denn sonst?
FDP	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	neutral	Wir wollen den Radverkehr stärken und in den Gesamtverkehr durch einen Ausbau der erforderlichen Infrastruktur einbinden, insbesondere eine bauliche Trennung von Straßen und Radwegen gerade in Innenstädten. Mit dem Fahrradgesetz haben wir eine Grundlage geschaffen und seit unserer Regierungsübernahme mehr in die Radinfrastruktur investiert als je zuvor. Dies wollen wir verstetigen und in den folgenden Jahren in ein umfassendes, landesweites Netz von unterschiedlichen Fahrradwegen investieren.
GRÜNE	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	stimme zu	Für uns ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele. Mit einem verbesserten Radverkehrsgesetz werden wir die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs bis 2035 auf mindestens 25 Prozent wächst. Mit einer

ÖDP	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	stimme zu	Es ist eine bessere Verkehrsführung (z.B. Ampelschaltung) erfolgen. Solange der Autoverkehr nicht merklich weniger wird, kommt es zu mehr Staus, mehr CO2 und NOX.
SPD	Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.	neutral	Im Rahmen dieses umfassenden Prozesses muss eine deutliche Stärkung der Infrastruktur für die Nahmobilität erfolgen. Dabei spielen Lückenschlüsse im und der Ausbau des vorhandenen Radverkehrssystems eine ganz wichtige Rolle.
AfD	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme zu	Attraktive Innenstädte sorgen für ein angenehmes Einkaufs- und Verweilerlebnis und für einen erhöhten Umsatz in der Gastronomie. Um die Menschen wieder in die Innenstädte zu locken und diese gegenüber dem Onlinehandel zu stärken, benötigen wir kundenfreundliche Einkaufszeiten auch am Wochenende. Die aktuellen rechtlichen Beschränkungen sind nicht mehr zeitgemäß. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten für die Zeiten am Wochenende angemessene Lohnzuschläge erhalten.
CDU	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme nicht zu	Die Forderung, die Entscheidung über eine Öffnung an Sonntagen an die Geschäfte abzugeben, lehnen wir ab. Der Sonntag darf nicht allein ökonomischen Interessen geopfert werden. Das Verfassungsrecht setzt den Öffnungszeiten zudem enge Grenzen.
DIE LINKE	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme nicht zu	Im Jahr 2018 hat die Landesregierung die Möglichkeit, verkaufsoffene Sonntage zuzulassen, ausgeweitet. Die Gesellschaft braucht aber einen gemeinsamen freien Tag. Dafür hat die Gewerkschaft ver.di immer wieder erfolgreich geklagt. Wir unterstützen diesen Kampf und
Die PARTEI	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	neutral	Der Einzelhandel ist eh überholt, Lieferdienste mit ihren Fahrradsklav:innen sollen aber bitte auch sonntags liefern.
FDP	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme zu	Im Gegensatz zum Einzelhandel hat der Online-Handel 24 h an 7 Tagen geöffnet. Wir wollen die stationären Ladengeschäfte stärken, indem wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen so viele Sonntagsöffnungen wie möglich ermöglichen. Wir wollen Kommunen ermöglichen, pro Monat einen verkaufsoffenen Sonntag auszuweisen. An diesem können sie leichter Innenstadt-Veranstaltungen durchführen, Innenstädte durch ÖPNV-Sonderkapazitäten besser
GRÜNE	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme nicht zu	Wir stehen bei „Sonntagsöffnungen“ an der Seite der Gewerkschaften und Kirchen. Für uns sollen arbeitsfreie Sonntage die Regel sein. Die schleichende Abschaffung des sonntäglichen Ruhetags in immer mehr Bereichen hat nicht nur soziale und gesundheitliche Folgen für unsere Gesellschaft, sondern bringt auch ökologische Nachteile mit sich.
ÖDP	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme nicht zu	Der Sonntag muss überwiegend arbeitsfrei bleiben
SPD	Geschäfte sollen über ihre Öffnungszeiten an Sonntagen selbst entscheiden.	stimme nicht zu	Der Sonntag ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders rechtlich geschützt. Regelungen zu Sonntagsöffnungen sind unter Einbezug von Gewerkschaften auszuhandeln.
AfD	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund	stimme nicht zu	Jeder Deutsche muss bei gleicher Qualifikation die gleiche Chance auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst haben. Die ursprüngliche Ethnie darf dabei keine Rolle spielen. Wir lehnen jede Form der Quotierung, auch Migrantenquoten, kategorisch ab. Für uns zählen in

CDU	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Wir werden eine Einstellungskampagne starten, um Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger und auch Spezialistinnen und Spezialisten für die Polizei zu gewinnen. Mit und ohne Migrationshintergrund. Wir wollen die Kriminalpolizei noch attraktiver für den Nachwuchs machen. Junge Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte sollen angeworben und beschleunigt in die
DIE LINKE	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Generell wollen wir Diversität in allen Bereichen der Arbeitswelt fördern. Das bedeutet auch, dass wir die Förderung von Frauen und von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Polizeidienst unterstützen.
Die PARTEI	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Mehr Diversität in bewaffneten Gangs!
FDP	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben sich in unsere Gesellschaft integriert und tragen ihren Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes. Dazu gehören auch die Polizistinnen und Polizisten mit Einwanderungsgeschichte. Mehr als jeder achte angehende Polizeibeamte in NRW hat ausländische Wurzeln. Wir
GRÜNE	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Wie im gesamten öffentlichen Dienst soll auch in der Polizei die Vielfalt der Gesellschaft abgebildet sein. In den letzten Einstellungsjahrgängen lag der Anteil von Menschen mit einer Migrationsgeschichte bei mehr als zehn Prozent. Wir wollen mit gezielter Ansprache den Anteil weiter erhöhen, damit er dem Anteil an
ÖDP	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Menschen mit Migrationshintergrund kennen sich besser in ihrer Community aus und haben dadurch zum Teil besseren Zugang. Außerdem sollte kein Mensch wegen seiner Herkunft benachteiligt werden. (AGG)
SPD	Im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.	stimme zu	Der öffentliche Dienst muss unsere offene und plurale Gesellschaft angemessen repräsentieren. Überall dort, wo das Ziel noch besser erreicht werden kann, treiben wir entsprechende diskriminierungsfreie Bewerbungs-, Zugangs- und Förderverfahren voran.
AfD	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme nicht zu	Derzeit sind noch nicht einmal alle Wahlberechtigten im Rahmen von Volksentscheiden ausreichend in die politische Willensbildung einbezogen. Wir sind gegen eine verpflichtende Einbeziehung von Kindern bei kommunalen Entscheidungen. Allerdings kann die Stärkung und Wertschätzung von Jugendbeiräten analog zu Senioren- und Migrant*innenbeiräten dazu beitragen, dass die Entscheidungen der Kommunen weitaus stärker auf die Lage der Kinder und Jugendlichen
CDU	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	neutral	Wir verstärken die Teilhabe und die Beteiligung der Menschen am politischen Gemeinwesen, darunter fällt auch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen, wenn es um ihre Interessen geht. Wir werden daher einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten und umsetzen.
DIE LINKE	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme zu	In der von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention vorgesehen, dass Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren anzuhören sind und dass ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten angemessen zu berücksichtigen ist. Die Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag haben es aber bisher unterlassen, entsprechende Regelungen in alle betroffenen Gesetze des Landes aufzunehmen. Wir wollen das ändern.
Die PARTEI	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme zu	Letztwähler:innen wird im Gegenzug dieses Recht umgehend entzogen.

FDP	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme zu	Wir wollen Kinder und Jugendliche stärker in politische Entscheidungen einbinden. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren. Wir erwarten von allen Kommunen, dass sie Strukturen der dauerhaften und verbindlichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen etablieren, wie sie insbesondere auch Kinder- und Jugendräte darstellen.
GRÜNE	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme zu	Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen JugendCheck werden wir die Gesetzesentwürfe daraufhin prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen beeinflussen. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden per Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen.
ÖDP	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie	neutral	Es ist über eine Altersgrenze und die Form nachzudenken, da wahrscheinlich nur wenige junge Menschen erreicht werden.
SPD	In allen Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend bei Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.	stimme zu	Damit Kinder und Jugendliche gut vorbereitet und mündig ihre Wahlentscheidung schon mit 16 Jahren treffen können, wollen wir ihre Beteiligung in den Kommunen zur Pflicht machen. Dabei legen wir keine bestimmte Form der Beteiligung fest, sondern ermuntern zum Erproben vielfältiger Formen und Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung im ganzen Land. Um demokratisch teilhaben zu können, braucht es altersgerechte Mitsprache von Anfang an.
AfD	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	stimme nicht zu	Dass die beiden sexuellen Geschlechter lediglich gesellschaftliche Konstrukte und nicht biologisch festgelegt seien, ist selbst eine kühne Konstruktion, die durch die Wirklichkeit widerlegt wird. Die unterschiedlichen Ausformungen sexueller Lebensformen innerhalb der beiden sexuellen Geschlechter widerlegen nicht die biologische Dualität. Die Sprache bildet die biologische Wirklichkeit ab, wobei das Genus nur in wenigen Fällen das sexuelle Geschlecht ausdrückt.
CDU	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen	stimme nicht zu	Unsere Sprache soll Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen. Keiner und keine soll Nachteile erfahren, wenn er oder sie gendert. Fest steht aber auch: Die CDU ist keine Verbotsparterie. Daher wird es mit uns keinen staatlichen verordneten Sprachzwang geben.
DIE LINKE	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	neutral	DIE LINKE steht für gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung. Sie unterstützt die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache. Jedoch sind Sonderschreibweisen mit Satz- und Sonderzeichen bzw. Großschreibungen in der Mitte des Wortes umstritten und haben Nachteile bzgl. der Verständlichkeit. Bei staatlichen Schreiben und Veröffentlichungen sind breite Akzeptanz und Verständlichkeit
Die PARTEI	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	stimme zu	Alternativ sind wir für die Nutzung des generischen Femininums, bei dem Männer und Diverse dann einfach mitgemeint werden.
FDP	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter	neutral	Eine pluralistische Gesellschaft muss sich auch in der Sprache widerspiegeln und dazu beitragen, Rollenklischees kritisch zu hinterfragen und in der Kommunikation aktiv davon abzurücken. Die in § 4 Landesgleichstellungsgesetz NRW festgeschriebene Formulierung „In Vordrucken sind geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen zu verwenden“ ist daher angemessen.
GRÜNE	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	stimme zu	Als Konsequenz aus dem Urteil zum Dritten Geschlecht haben öffentliche Institutionen in der Sprachverwendung eine Vorbildfunktion, denn Sprache schafft Bewusstsein. Ein „Mit-meinen“ reicht aus wissenschaftlicher Sicht nicht aus, um die geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft sprachlich tatsächlich abzubilden. Als Partei haben wir mit der Verwendung von geschlechtergerechter Sprache positive Erfahrungen gesammelt. Sie wirkt der

ÖDP	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	stimme zu	Einerseits gibt es gemäß der Gesetzgebung mehr 2 Geschlechter. Und andererseits muss die Selbstbestimmung der Menschen berücksichtigt werden. Gemeint ist hier, divers, nichtbinär, usw.
SPD	In allen Veröffentlichungen des Landes sollen Formulierungen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.	stimme zu	Sprache ist Macht und ein Spiegel der Gesellschaft. Wir werden deshalb auf eine geschlechtergerechte und geschlechterneutrale Sprache im Land und in den Kommunen achten.
AfD	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme zu	Kohlekraftwerke sind ein wichtiger Baustein für die Versorgungssicherheit. Immer dann, wenn Wind und Sonne nicht zur Verfügung stehen, wird ein Reserve-Kraftwerk benötigt. Zudem ist Steinkohle auch aus politisch stabilen Ländern verfügbar, Braunkohle sogar im eigenen Land. Damit können Abhängigkeiten von politisch instabilen und autokratischen Ländern bzw. Staaten reduziert werden. Bis 2038 wird es zudem absehbar keine ausreichenden Speicher für erneuerbare Energien geben.
CDU	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Wir wollen den Braunkohleausstieg bereits bis zum Jahr 2030 umsetzen. Der Ausstieg aus der Steinkohle ist bereits gelungen. Voraussetzung ist, dass der Bund die notwendigen Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Menschen und Unternehmen schafft.
DIE LINKE	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Wir wollen die Energiewende beschleunigen und so schnell wie möglich vollständig auf Erneuerbare umsteigen. Wir wollen den Kohleausstieg bis spätestens 2030. Um den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen, fordert DIE LINKE eine Steigerung der Kofinanzierung durch Bundesmittel auf 300 Millionen Euro. Damit sich alle die steigenden Energiepreise leisten können, wollen wir ein kostenloses Grundkontingent für Strom, Wasser und
Die PARTEI	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Der Scheich macht's für die Hälfte.
FDP	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Wir schreiten beim Ausstieg aus Braun- und Steinkohle voran und setzen auf den Ausbau Erneuerbarer Energien in der Breite. Zur Einhaltung der Klimaziele ist ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030. Wir diskutieren ambitionierte Klimaziele nicht nur, sondern wollen die Klimaneutralität auch erreichen. Wir setzen weiterhin auf wettbewerbliche Lösungen und vermeiden Zwangsmaßnahmen. Die
GRÜNE	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Wir stehen für einen Kohleausstieg, der sich am Pariser Klimaabkommen orientiert und unserer globalen Verantwortung gerecht wird. 2030 ist das neue Zieljahr für den Kohleausstieg auf Bundesebene. Wir setzen dieses Ziel mit einer sofortigen neuen Leitentscheidung, die den Rahmen für ein Ende des
ÖDP	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Auf keinen Fall. Die Verstromung von Braunkohle soll spätestens 2025 und die Verstromung der Steinkohle spätestens 2030 beendet werden.
SPD	In Nordrhein-Westfalen soll auch nach 2038 Strom aus Kohle gewonnen werden.	stimme nicht zu	Der Kohleausstieg 2038 ist das Ergebnis langjähriger gesellschaftlicher Aushandlungen und ein tragfähiger Konsens, den wir nicht aufbrechen werden. Um die nötigen Klimaziele von Paris zu erreichen, ist kein späterer Ausstieg möglich. Unter optimalen Bedingungen wird ein Vorziehen auf das Jahr 2030 erwogen. Das Ziel unterstützen wir. Die Möglichkeit hängt allerdings ab vom Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, von geopolitischen Fragen und vom Gelingen der Transformation der Industrie.

AfD	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Mit Blick auf die Trägervielfalt und die Zurverfügungstellung leistungsfähiger Krankenhausstrukturen fordern wir eine Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich auf höchstens 60%. Das Geld der Versicherten muss beim Patienten ankommen und darf nicht als Gewinn an Investoren abfließen.
CDU	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	neutral	Wie wichtig ein funktionierendes und modernes Gesundheitssystem ist, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Deshalb werden wir weiter in eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle investieren - mit einer starken und zuverlässigen Krankenhauslandschaft. Den Grundstein haben wir mit den Verbesserungen bei der Förderung der Krankenhäuser vorgenommen:
DIE LINKE	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser haben wir als LINKE immer abgelehnt. Heute setzen wir uns für einen Stopp der Privatisierungen ein und dafür, dass wieder mehr Krankenhäuser in
Die PARTEI	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Einfach kein Bock auf weitere Namen, wie "St. Burger King Hospital", "Primark Klinik" oder "Mitsubishi Electric Krankenhaus".
FDP	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme nicht zu	Wir treten für eine Vielfalt kommunaler, gemeinnütziger und privater Träger in der Krankenhauslandschaft ein. Mit der Umsetzung der Reform der Krankenhausrahmenplanung vor Ort wollen wir zukunftsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Private Betreiber
GRÜNE	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Krankenhäuser in öffentlicher Hand spielen eine wichtige Rolle in der Versorgung von Patient*innen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen. Auch konfessionell und weitere freigemeinnützig getragene Krankenhäuser sind für uns ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
ÖDP	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Das Fallpauschalensystem ist abzuschaffen und die Renditeerwartungen der privaten Krankenhausgesellschaften sind herunterzufahren.
SPD	In Nordrhein-Westfalen sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein.	stimme zu	Wir unterstützen Krankenhäuser in öffentlicher Hand, weil sie sich unabhängig von wirtschaftlichem Erfolg vor allem auf das Wohl der Patientinnen und Patienten fokussieren können. Wir wollen weiterhin eine flächendeckende Versorgung und lehnen weitere Krankenhausschließungen ab. Die Pandemie zeigt: Auch ein leeres
AfD	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	stimme nicht zu	Zur Religionsfreiheit gehört auch das Recht, nicht zwangsweise von anderen Glaubensüberzeugungen beschallt zu werden. Der Muezzin-Ruf „Es gibt keine Gottheit außer Allah" macht deutlich, dass die Existenz anderer Götter und Religionen nicht akzeptiert wird. Der lautsprecherverstärkte Gebetsruf stellt für Anwohner und Andersgläubige eine Belastung dar, gefährdet den sozialen Frieden und führt zu Wertverlusten angrenzender Immobilien. Wir setzen uns für die Unterbindung des Muezzin-Rufes ein.
CDU	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	stimme zu	Die Religions- und Glaubensfreiheit wird durch unser Grundgesetz garantiert und geschützt. Hierzu gehört, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften entsprechend ihres Sendungsauftrages für ihre Weltanschauungen in der Öffentlichkeit werben dürfen.
DIE LINKE	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	stimme zu	Als LINKE stehen wir für Religionsfreiheit und Gleichbehandlung. So wie das Läuten der Kirchenglocken erlaubt ist, sollte es auch der sogenannte "Muezzin-Ruf" am Freitag sein.
Die PARTEI	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	stimme zu	Freitagabend ist deutlich angenehmer als am beschissenen Sonntagmorgen, wenn der Kopf eh noch dröhnt.
FDP	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen	neutral	Das Grundrecht auf Religionsfreiheit gilt und ist ein hohes Gut. Eine pauschale Entscheidung würde den unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort nicht gerecht. Die Entscheidung muss dort politisch erörtert

GRÜNE	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	neutral	Die Religionsfreiheit ist im Grundgesetz begründet. Für viele Muslim*innen ist das Gebet ein Teil des alltäglichen Lebens, genauso wie das Kirchengeläut für Christ*innen. Diese religiöse Pluralität muss ausgehandelt werden. Deshalb haben wir das Pilotprojekt in Köln begrüßt, den Gebetsruf des Muezzins unter Auflagen zuzulassen. Dazu gehören Bedingungen, die die Häufigkeit, die Lautstärke, die Rufzeiten und die Informationsvermittlung des Umfelds umfassen.
ÖDP	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	stimme zu	Wenn Kirchenglocken läuten dürfen, muss es aufgrund der Religionsfreiheit auch anderen Religionen möglich sein zum Gebet u.ä. zu "rufen". Es wäre allerdings auch denkbar, aufgrund des Lärmschutzes Einschränkungen zu veranlassen, dann aber für alle,
SPD	In Nordrhein-Westfalen sollen Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen („Muezzin-Ruf“).	neutral	Wir stehen als SPD zur Religionsfreiheit, die unser Grundgesetz garantiert. Ob und in welchem Umfang hierzu Muezzin-Rufe gehören, muss deshalb jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten mit allen Beteiligten besprochen und gemeinsam abgestimmt werden und sollte nicht im Alleingang durchgesetzt werden.
AfD	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme zu	Die Förderschulen erfüllen am besten das von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Recht auf Teilhabe eines jeden Kindes an Bildung, weil sie in besonderer Weise Kinder fördern können, die einen besonderen Bedarf haben. Damit sind die Förderschulen ein Teil der deutschen Schullandschaft, in die jeder Schüler inkludiert werden kann. Der Besuch einer Förderschule ist also keine Diskriminierung, sondern eine wichtige Voraussetzung, um
CDU	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme zu	Förderschulen sind ein unverzichtbarer Teil eines inklusiven Schulsystems. Wir werden deshalb das bestehende, gut funktionierende Förderschulsystem erhalten und weiter ausbauen.
DIE LINKE	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme nicht zu	Wir wollen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das Recht aller auf individuelle Förderung in gemeinsamen Schulen verwirklichen. Vom gemeinsamen Unterricht in kleineren Klassen und mit ausreichend Sonderpädagog:innen in Regelschulen würden alle profitieren, Menschen mit und ohne Behinderung. Unter Ministerin Gebauer (FDP) wurden die Bedingungen für die Inklusion verschlechtert, unter anderem weil sich die Gymnasien gar nicht mehr beteiligen müssen. Das wollen wir ändern.
Die PARTEI	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme zu	Im besten Fall sollten alle Schulen Förderschulen sein.
FDP	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme zu	Wir wollen weiterhin unsere leistungsfähige und vielfältige Förderschullandschaft sichern, die von der rot-grünen Vorgängerregierung gegen den Willen vieler Eltern leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurde. Wir bieten den Förderschulen die Chance zur Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische
GRÜNE	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	stimme nicht zu	Wir sind nach der UN-Konvention zum Aufbau eines inklusiven Bildungssystems verpflichtet. Förderschulen sind für eine Übergangszeit noch notwendig. Ein Ausbau widerspricht dem Ziel der Inklusion.
ÖDP	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	neutral	Nicht alle Schulen können geeignete Förderangebote machen aufgrund der verschiedenen Anforderungen der Menschen mit Handicap. Es ist aber zu versuchen, soweit möglich, integrativen Unterricht durchzuführen.

SPD	In Nordrhein-Westfalen sollen weitere Förderschulen eingerichtet werden.	neutral	Die gesellschaftliche Teilhabe aller ist für uns Selbstverständnis wie Auftrag. Das Schulgesetz sieht vor, dass sonderpädagogische Förderung in der Regel an der allgemeinen Schule stattfindet. Dazu stehen wir. Wir wollen die Förderbedingungen für alle Kinder verbessern und deshalb pädagogische Zentren in den Regelschulen einrichten. Die Zahlen der Schüler*innen mit Förderbedarf sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Es ist wichtig, diese Kinder in einem inklusiven Schulsystem aufzufangen.
AfD	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Für Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt in NRW die Schulpflicht am 1. August desselben Jahres. Der Beginn der Schulpflicht mit sechs Jahren hat sich in Jahrzehnten bewährt. Die Hoheit über die Kindererziehung muss bis zum Einsetzen der Schulpflicht ausnahmslos bei den Eltern liegen. Die adäquate Bereitstellung von Kindergartenplätzen ist ein Angebot des Staates und dieses sollte niemals verpflichtend sein.
CDU	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Diese Entscheidung müssen die Erziehungsberechtigten treffen. Die frühkindliche Bildung wird immer wichtiger. Sie schafft zentrale Voraussetzungen für Chancengleichheit und eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Um einen guten Übergang von der Kita in die
DIE LINKE	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	neutral	Wir wollen, dass Kitas besser ausgestattet sind und ihr Besuch von Anfang an gebührenfrei ist. Bereits heute besuchen fast alle Kinder im letzten Jahr eine Kita, was wir begrüßen. Zur Frage einer Kitapflicht analog zu Schulpflicht haben wir als Partei noch keine abschließende Position.
Die PARTEI	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	neutral	Sie haben Wehrpflicht irgendwie falsch geschrieben. Die Blagen dürfen gerne auch Wehrdienst oder ein freiwilliges Jahr in der (Rüstungs-)Produktion ableisten (kleine Hände machen tolle Patronen).
FDP	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Erziehung ist primäre Aufgabe der Eltern. Sie entscheiden eigenständig, ob ihre Kinder eine Betreuungseinrichtung besuchen. Zwei beitragsfreie Kita-Jahre sind ein wesentlicher Anreiz, Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen. Wir setzen uns weiter dafür ein, die Angebote der frühkindlichen Bildung noch attraktiver zu gestalten, z.B. über bessere Bildungsqualität, mehr Betreuungsplätze und flexiblere Öffnungszeiten.
GRÜNE	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme nicht zu	In Deutschland existiert zwar eine gesetzliche Schulpflicht, eine Kita-Pflicht aber nicht. In der Altersgruppe drei bis unter sechs Jahren liegt die Betreuungsquote in NRW über 90 Prozent. Eine Verpflichtung sehen wir nicht als notwendig an.
ÖDP	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme zu	Miteinander lernen können, heißt auch einander verstehen können. Damit die Kinder in der Grundschule gemeinsam lernen können sind gewisse vorschulische Grundkenntnisse nötig.
SPD	In Nordrhein-Westfalen soll für alle Kinder das letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein.	stimme nicht zu	Auch ohne gesetzliche Pflicht besuchen in NRW fast alle Kinder im letzten Kindergartenjahr eine Einrichtung.
AfD	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen	stimme zu	Neben der Förderung von Medizinstudenten, die sich nach dem Studium für einen gewissen Zeitraum zu einer Berufstätigkeit in strukturschwachen Gebieten verpflichten, um eine flächendeckende Sicherung der Gesundheitsvorsorge sicherzustellen, gehört auch die
CDU	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen	stimme zu	Wir bekämpfen den Ärztemangel im ländlichen Raum mit einer Landarztquote. Wir fördern damit Bewerber, die sich nach dem Studium zu einer Tätigkeit als Landarzt verpflichten, mit einer Studienplatz-Garantie. Für noch mehr Erfolg wollen wir die
DIE LINKE	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen	neutral	Wir fordern eine Studienfinanzierung für alle. Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Wir setzen uns für ein rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG ein. Der BAföG-
Die PARTEI	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen ein Stipendium vom Land	stimme zu	Und 2 Kühe, 10 Hühner, einen knurrigen Hofhund und eine Buddel Korn.
FDP	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder	stimme zu	Mit der seit dem Wintersemester 2019/20 eingeführten Landarztquote für das Medizinstudium sichern wir die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Die Zahl der Bewerbungen in den bisherigen

GRÜNE	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen ein Stipendium vom Land	stimme nicht zu	Die Landarztquote löst das generelle Problem des Ärztemangels nicht. Sinnvoller wäre, dass Universitäten öfter mit Krankenhäusern im ländlichen Raum kooperieren. Wenn Studierende bereits einen großen Teil ihres Studiums dort verbringen, werden sie nach ihrem Abschluss auch häufiger freiwillig in Krankenhäusern im ländlichen Raum
ÖDP	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder	stimme zu	Die ärztliche Versorgung ist auf dem Lande nicht ausreichend
SPD	Medizinstudierende, die sich verpflichten später als Landärztinnen oder Landärzte zu arbeiten, sollen	stimme zu	Wir wollen mehr Hausärztinnen und Hausärzte für die ländlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens und für die Stadtteile, in denen wenig Privatversicherte zu erwarten sind, finden. Dazu werden wir Anreizsysteme schaffen - durch Studienstipendien, Praxiskredite und
AfD	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben müssen.	stimme zu	Die Windindustrieanlagen müssen nach verbindlichen Regeln aufgestellt werden. Diese Rechtsvorschriften müssen das Gefahrenpotential für Mensch und Umwelt berücksichtigen. Windindustrieanlagen verursachen Infraschall, der zu Unwohlsein, Schlafstörungen und Müdigkeit führen kann. Aus diesen Gründen
CDU	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben	neutral	Um die Akzeptanz für die Windenergie zu bekommen, haben wir Mindestabstände zur Wohnbebauung festgeschrieben. Kommunen können diese schon heute auf Wunsch unterschreiten. Wir werden Konzepte zur finanziellen Beteiligung fördern. Wo Anwohnerinnen und
DIE LINKE	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben müssen.	stimme nicht zu	Die eingeführte Abstandsregelung der Landesregierung von 1.000 Metern lehnen wir ab. So wird es nicht gelingen, nennenswerte Leistung an Windenergie bereitzustellen. Wir unterstützen den Bau von Windenergieanlagen in kommerziell bewirtschafteten Wäldern, die keinem Naturschutz unterliegen. Windkraftgebiete im Landesentwicklungsplan sollen als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Wir wollen flexible Abstandsregeln, bei denen die dreifache
Die PARTEI	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben	stimme nicht zu	Ist uns eigentlich hart egal! Solange es nicht neben MEINEM Haus steht oder die Einohrfledermaus gefährdet!!elf!!!
FDP	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben müssen.	stimme zu	Schutzabstände steigern die Akzeptanz von Anlagen in der Wohnumgebung und schaffen Planungs- und Rechtssicherheit für Anwohnerinnen und Anwohner, Kommunen und Anlagenbetreiber. Bei einem Konsens vor Ort ist aktuell bereits ein geringerer Abstand möglich. Damit der Ausbau von Windenergieanlagen beschleunigt werden kann, braucht es bundesweit einheitliche Standards. Auch
GRÜNE	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur	stimme nicht zu	Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen, zukünftig auch als Ersatz für alte Anlagen (Repowering), gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen
ÖDP	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben müssen.	stimme nicht zu	Wir brauchen die erneuerbaren Energien.
SPD	Neue Windenergieanlagen sollen weiterhin mindestens 1.000 Meter Abstand zur Wohnbebauung haben	stimme nicht zu	Wir werden die pauschalen Abstandsregeln abschaffen. Sie bremsen den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv aus und sind dafür mitverantwortlich, dass NRW die Ziele weit verfehlt. Akzeptanz vor Ort schaffen wir durch die finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und
AfD	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung	stimme zu	Wir fordern die Verankerung der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse in der Landesverfassung, um auch die während der Corona-Krise verursachten Schulden innerhalb von 25 Jahren
CDU	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“)	stimme zu	Die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt in Nordrhein-Westfalen. Wir haben sie im Jahr 2019 in der Landeshaushaltsordnung umgesetzt. Diese Regelung bewährt sich gerade in der Corona-Pandemie, und sie wird auch nach der Pandemie weitergelten. Der
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) weiterhin einhalten.	stimme nicht zu	Zu lange hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Schuldenbremse dringend nötige Zukunftsinvestitionen ausgebremst. Sie hat zu wenig auf die wirtschaftliche Entwicklung eingewirkt, um ihr eine soziale und ökologische Richtung zu geben. In der Folge sind soziale Ungleichheit und Armut gewachsen. Nordrhein-Westfalen muss
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) weiterhin einhalten.	stimme nicht zu	Wir haben Inflation ihr F****r!Henning Wüst soll sich eine Kreditkarte besorgen. Oder so eine Wirecard von Scholz.
FDP	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“)	stimme zu	Solide Finanzen in einem Staat, der rechnen kann, waren, sind und bleiben unser Ziel. Sie sind Voraussetzung für Hilfen im Krisenfall. Nach der Krise dürfen die zusätzlichen Schulden aus der Krise junge Generationen nicht länger als notwendig belasten. Einem Aufweichen

GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung	neutral	In der Schuldenbremse wurden verfassungsgemäß Ausnahmemöglichkeiten verankert. Den bestehenden Rettungsschirm möchten wir nutzen und wenn nötig ausbauen. Wir werden mit einem
ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) weiterhin einhalten.	stimme zu	Das bedeutet aber auch, dass die Einnahmenseite im Blickfeld ist. (Steuern, Gebühren, Abgaben)
SPD	Nordrhein-Westfalen soll die Begrenzung der Neuverschuldung	stimme zu	Die Schuldenbremse ist grundgesetzlich verankert. Wir halten uns ans Grundgesetz. Wir werden dabei genau die Spielräume, die wir in diesen Krisenzeiten haben, für dringend notwendige Investitionen
AfD	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	stimme nicht zu	Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin zu hoch. Die heutigen Eingliederungsmaßnahmen gehen zu häufig am Arbeitsmarkt vorbei. Es hat sich gezeigt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit mit den verwendeten Maßnahmen kaum reduziert werden konnte. Häufig haben Unternehmen die Subventionen als Zusatzeinnahmen genutzt
CDU	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	neutral	Ziel unserer Politik ist eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt für möglichst viele langzeitarbeitslose Menschen. Deshalb wollen wir verstärkt gerade junge langzeitarbeitslose Menschen ins Arbeitsleben integrieren, bspw. über nachholende Qualifikationen. Dafür werden wir die bewährten Projekte zur Integration von Langzeitarbeitslosen wie Beratungsstellen Arbeit, Initiative Wiedereinstieg oder
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für	stimme zu	48 % aller registrierten Erwerbslosen sind langzeiterwerbslos. 55 % aller älteren Erwerbslosen über 55 Jahre beziehen Hartz IV. Mit einem groß angelegten Investitionsprogramm in den sozialökologischen
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	neutral	Boah nee, gar kein Bock, lol.
FDP	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	stimme nicht zu	Wir setzen auf die mit dem Teilhabechancengesetz eingeführten Regelinstrumente, die neue Chancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt geschaffen haben. Wir wollen diese Instrumente entfristen. Eine darüber hinausgehende eigene Landesförderung halten wir nicht für sinnvoll.
GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für	stimme zu	Wir unterstützen Menschen die bisher nur geringe Einstiegschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben über den Sozialen Arbeitsmarkt. Dafür wollen wir Kommunen stärken, niedrighschwellige und
ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	stimme zu	Die Förderung (AGH, usw.) durch die Jobcenter hat bisher nicht zu einer wesentlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit geführt. Die Förderung nach 16 i war hier erfolgreicher.
PIRATEN	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	stimme nicht zu	Selbstverständlich müssen Langzeitarbeitslose auch durch den Staat bei der Arbeitssuche unterstützt werden. Wir setzen uns hier zum Beispiel für kostenfreie Aus- und Weiterbildung ein. Öffentlich geförderte Arbeitsplätze können hier leider manchmal mehr schaden
SPD	Nordrhein-Westfalen soll mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen.	stimme zu	In den besonders vom Strukturwandel und hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen Nordrhein-Westfalens müssen wir weitere Perspektiven schaffen. Wir werden deshalb mit einem eigenen Landesprogramm den Sozialen Arbeitsmarkt stärken.
AfD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in	stimme zu	Die Einführung von Videokameras im sensiblen Bereich von Schlachthöfen für die Kontrollbehörden kann einen Beitrag zur besseren Überprüfung des rechtkonformen Schlachtprozesses leisten.
CDU	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Die CDU setzt auf Transparenz beim Schlachtprozess. Deshalb setzen wir uns für eine Überwachung in den Schlachthöfen ein. So wird Tierschutz gesichert.
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in	stimme nicht zu	Wir sind gegen die Videoüberwachung von Arbeitenden aber für mehr Kontrollen in Schlachtbetrieben. Wir wollen die Massentierhaltung abschaffen. Schlachtverfahren müssen schmerz- und stressärmer
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Die Schweine müssen beobachtet werden und die Tiere auch. Zusätzlich mit Live-Stream auf den Fernseher von Landwirtschaftsministerin Schulze Fucking.
FDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Innovative Kamerasysteme zur Videoüberwachung können ein geeignetes Instrument sein, um Tierschutzverstöße zu dokumentieren und zu verfolgen. Dabei sollte die Überwachung auf besonders sensible Bereiche wie die Anlieferung oder die Betäubung der Tiere
GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen und fordern mobile und dezentrale Schlachtstrukturen. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf den flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen in

ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Neben den Arbeitsbedingungen sind auch die Schlachtprozesse besser zu überwachen.
SPD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass der Schlachtprozess in Schlachthöfen durch	stimme zu	Eine transparente und großflächige Videoüberwachung kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das System des Schlachtprozesses erhöhen. Zugleich wäre es für die Schlachthofbetreiber eine ständige Ermahnung, den Schlachtprozess
AfD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme nicht zu	Es ist eine emotionale Herausforderung, in Kriegszeiten die Ruhe und Fassung zu bewahren. Dabei ist die Besinnung auf einen Grundwert von Entscheidung: Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war es Konsens in unserer Gesellschaft, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Von dieser Doktrin bei einem Konflikt mit einer Atommacht wie Russland
CDU	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen	stimme zu	Mit dem Krieg in der Ukraine hat der russische Präsident das Sicherheitsdenken in Europa verändert. Wir alle müssen diese neue Realität anerkennen. Deutschland muss mehr in seine eigene
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme nicht zu	Für den schrecklichen Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Dennoch gilt es jetzt, einen kühlen Kopf zu bewahren, damit die Situation nicht weiter eskaliert. Wir wollen eine diplomatische Lösung finden, um das Blutvergießen schnellstmöglich zu beenden. Wir müssen alles tun, um zu deeskalieren und die Gefahr eines Weltkrieges zu bannen.
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme zu	Haben wir denn noch welche?
FDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme zu	Russland hat mit der Ukraine einen souveränen Staat angegriffen. Der Angriff stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Darum ist es richtig, die Ukraine mit Waffenlieferungen bei der Verteidigung des eigenen Landes und von Menschenleben zu unterstützen.
GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme zu	Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Solange die Ukraine sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Wladimir Putins verteidigen muss und ihr international verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt, das jedem Land zusteht, ist es legitim, sie dabei zu unterstützen.
ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme zu	Wir müssen das ukrainische Volk in diesem Angriffskrieg unterstützen.
SPD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.	stimme zu	Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende der europäischen Sicherheitspolitik, die eine gemeinsame Neuorientierung erforderlich macht. Wir unterstützen das ukrainische Recht auf territoriale Selbstverteidigung. Deshalb ist es richtig, dass die deutsche Bundesregierung Defensivwaffen an die Ukraine zugesichert und bereits geliefert hat.
AfD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	neutral	Sanktionen sollten grundsätzlich angemessen angewendet werden und so ausgelegt sein, dass die gewünschten Ziele erreicht werden. Wir befürworten Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges. Wirtschaftssanktionen, welche auch die einfache
CDU	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	stimme nicht zu	Wir sind dafür, dass die beschlossenen Sanktionen gegen Russland konsequent umgesetzt werden. Dabei gilt für uns: Die außenpolitisch richtigen Entscheidungen dürfen nicht die Menschen bei uns treffen.
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland	neutral	Wir sind offen für die Beschlagnahmung der Vermögen von russischen Oligarchen in Europa und ein Ende jeglicher Zusammenarbeit mit der russischen Rüstungsindustrie. Sanktionen, die die russische
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	stimme nicht zu	Auch wir vermissen unsere Diamanten, den Kaviar und unseren Krimsekt, aber wat mutt, dat mutt!
FDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	stimme nicht zu	Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Er kann und darf nicht ohne Folgen bleiben und deswegen sind die von harten Sanktionen gegen Russland notwendig und richtig.
GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland	stimme nicht zu	Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Die Sanktionen können frühestens dann gelockert werden, wenn der völkerrechtswidrige Angriffskrieg beendet ist.

ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	stimme nicht zu	Momentan müssen die Sanktionen verschärft werden. Putin ist ein Kriegstreiber.
SPD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.	stimme nicht zu	Wer einen Krieg startet, diskreditiert sich als vertrauenswürdiger Partner im internationalen Miteinander. Präsident Putin und die russische Führung zahlen somit einen hohen Preis für diesen völlig ungerechtfertigten Angriffskrieg. Daher wurden harte Maßnahmen unter anderem im Finanz-, Banken-, und Handelsbereich mit dem
AfD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird.	stimme nicht zu	Die Instrumentalisierung unterschiedlicher Geschwindigkeiten durch verkehrsberuhigte Bereiche mit 4-7 km/h, verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche mit 20 km/h und 30er-Zonen ermöglicht eine differenzierte Nutzung der Straßen und gewährleistet die Aufrechterhaltung von sicheren, ruhigen Wohngebieten. Wenn überall
CDU	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird.	stimme nicht zu	Es ist Aufgabe der Kommunen, darüber zu entscheiden, ob sie innerorts das Tempo herabsenken. Auf Hauptverkehrsstraßen in Ortschaften muss berücksichtigt werden, dass bei einem flächendeckenden Tempo 30 der Öffentliche Personennahverkehr
DIE LINKE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur	stimme zu	Obwohl wir alle Fußgänger:innen sind, ist dies doch der Bereich, der auf allen Ebenen der Verkehrspolitik am meisten vernachlässigt wird. Ihre Sicherheit im Alltag gerät buchstäblich immer wieder unter
Die PARTEI	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird.	stimme zu	Man muss sich auch irgendwo vom Stress auf der Autobahn erholen können.
FDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur	stimme nicht zu	Ein pauschales Tempolimit innerorts von 30 km/h führt zu mehr Staus, Verstößen und weniger Akzeptanz. Wir wollen den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, gezielt Verkehrsmaßnahmen zu treffen.
GRÜNE	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird.	stimme zu	Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch von Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir werden für mehr Sicherheit auf Straßen in NRW sorgen. Wir wollen daher, dass Städte und Gemeinden das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen können.
ÖDP	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird.	stimme zu	Tempo 30 erhöht die Verkehrssicherheit.
SPD	Nordrhein-Westfalen soll sich dafür einsetzen, dass innerorts Tempo 30 zur	stimme nicht zu	Eine pauschale Regelung für das ganze Land wird der differenzierten Situation in den Kommunen des Landes nicht gerecht. Deshalb soll jede Kommune selbst darüber entscheiden können, wo sie Tempo-30-
AfD	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online	neutral	Der Unterrichtsprozess ist ein rational, emotional sowie sensorisch ablaufender Vorgang, der nur unvollkommen und behelfsmäßig über Onlineformate durchgeführt werden kann. Dieses Format sollte daher selten Anwendung finden. Lehrer und Schüler brauchen die Präsenz,
CDU	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online durchführen dürfen.	stimme zu	Präsenzunterricht ist für den Lernerfolg und die soziale Entwicklung der Kinder unverzichtbar. Wir werden den Schulunterricht durch digitale Lernmethoden ergänzen. Deshalb wollen wir jedem Kind ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen. Unser Ziel bleibt, dass alle Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit die Grundfähigkeiten Lesen,
DIE LINKE	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des	stimme nicht zu	Während des "Homeschoolings" ist leider die Ungleichheit bei den Bildungschancen noch größer geworden. Ein Teil der Kinder hat ein eigenes Zimmer mit Computer und Eltern, die helfen können. Andere
Die PARTEI	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online	stimme zu	Nach der Pandemie? LOL, der war gut.
FDP	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online	stimme zu	Die Vorteile des Distanzlernens wollen wir in die Zukunft überführen. Wenn Schülerinnen und Schüler zum Beispiel aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht am Unterricht teilnehmen können, darf das mit den Möglichkeiten der Digitalisierung nicht länger Einfluss auf
GRÜNE	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online durchführen dürfen.	stimme zu	Online-Unterricht ist eine wertvolle Ergänzung für Schüler*innen die wegen Krankheit am Präsenzunterricht nicht teilnehmen können. Digitale Formate müssen in ein pädagogisches Konzept integriert sein.
ÖDP	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des	stimme zu	Generell stimmen wir zu. Es ist aber dazu in die Digitalisierung und in die Internetverbindungen investiert werden.

SPD	Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch nach der Pandemie einen Teil des Unterrichts online	stimme zu	Wir wollen Schulen, die sich nach 2022 anfühlen. Das heißt: Präsenzunterricht ist die beste Unterrichtsform, aber Digitalunterricht muss in bestimmten Fällen selbstverständlich dazugehören. Hinzukommt: Schulen mit gutem Digitalkonzept sind besser durch die
-----	--	-----------	--